

zentralen Parteiführung auf den Militärbereich stellt eine in der Geschichte der VR China beispiellose Herausforderung dar, die alle einstigen Rivalitäten der Machtsäulen in den Schatten stellt. Noch nie ist die temporäre Macht einer Säule dermaßen überzogen worden.

Dahinter steht das Bestreben, der von Chiang Ch'ing getragenen "Neuen Linken", in der Phase zwischen dem Ableben Chou En-lais und Mao Tse-tungs organisatorische Änderungen in der

Machtstruktur einzuführen, die ihr die absolute Bestimmungsgewalt überträgt.

Solange Mao lebt, wird Chiang Ch'ing ihre Ziele durchzusetzen vermögen. Als Gralshüterin im Vorzimmer des greisen Vaters der chinesischen Revolution ist es ein leichtes, ihr Gebot als seines auszugeben. Wer jedoch die Machtkämpfe zwischen den Führungssäulen seit Bestehen der VR China verfolgt hat, kann schon jetzt die in Hosentaschen geballten Fäuste zählen.

PEKING STILISIERTE SICH IN NAIROBI ZUM ANWALT DER DRITTEN WELT

Holger Dohmen

Chinas Auftritt auf der 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi hat erneut die Absicht Pekings unterstrichen, die Führungsrolle der Dritten Welt zu übernehmen. Während die Mehrzahl der Entwicklungsländer gemäßigte Töne von sich gaben, blieb es der Sowjetunion und China vorbehalten, die UNCTAD-Konferenz als Forum für gegenseitige Polemik umzugestalten. Dabei wurden altbekannte politische Positionen bezogen, die die Unversöhnlichkeit der beiden Erzrivalen unterstrichen. Konkrete Beiträge zu Fragen der Welthandelspolitik lieferten die chinesischen Vertreter, abgesehen von der Unterstützung der Vorschläge der Entwicklungsländer, nicht. Dennoch dürfte es Peking in Nairobi gelungen sein, mit der schonungslosen Aufdeckung der "kapitalistischen" Methoden der sowjetischen Entwicklungspolitik Pluspunkte für das eigene Image zu verbuchen.

Die VR China, seit längerer Zeit auf internationalem Parkett eifrig bemüht gewesen, ihr frisch gewonnenes Ansehen wieder zu verspielen, hat in Nairobi auf der 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz, kurz Unctad IV, wieder an Terrain gewonnen. Während der chinesische Vertreter vor dem Forum der Vereinten Nationen, wo er früher besonders von den Delegierten der Entwicklungsländer beifallumrauscht wurde, in den letzten Monaten meist als Alleinunterhalter agierte, konnte Pekings Stellvertretender Außenhandelsminister, Chou Hua-min, in Nairobi wieder einmal Punkte verbuchen. Im Glaspalast am East River in New York hatte sich die antisowjetische Polemik der Chinesen längst verbraucht, in Nairobi jedoch traf sie mit ihren handelspolitischen Attacken gegen die Sowjetunion den Nerv Delegierter der armen und ärmsten Länder der Welt.

Chou Hua-min, der auch schon vor vier Jahren in Santiago auf der dritten Welthandelskonferenz (China nahm 1972 zum erstenmal an diesem Treffen teil) die Position der VR vorgetragen hatte, ließ diesmal in der Hauptstadt Kenias von Beginn an keinen Zweifel über den Standpunkt Pekings. Wie schon in Santiago nahm sich der chinesische Vertreter sofort der Probleme der Dritten Welt an, benutzte aber gleichzeitig die Gelegenheit zu heftigsten Angriffen auf die Sowjetunion. Dies war 1972 noch anders. Damals sprach Chou vor dem Plenum der 120 Staaten nur einmal von "der anderen Supermacht", die in den vergangenen Jahren eine Politik der Expansion und Aggression" betrieben habe und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmische. Chou damals: Die Politik der Supermächte richtet sich gegen die Interessen der Entwicklungsländer und behindert sie auf ihrem Weg nach voller Unabhängigkeit. (1)

In Nairobi widmete der chinesische Vertreter dem Erzfeind gleich ganze Passagen. "In den letzten vier Jahren hat sich der Kampf der Länder der Zweiten Welt, sich von der Kontrolle, Intervention, Subversion und Einschüchterung durch die Supermächte freizumachen, offensichtlich verstärkt. Viele von ihnen ziehen jetzt den "Dialog" und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt vor. Das ist etwas Begrüßenswertes. Indessen ist auch klar zu erkennen, daß die beiden Supermächte sowohl im Inland wie im Ausland von Schwierigkeiten bedrängt werden und immer mehr in Isolierung geraten. Ihr heftiger Wettstreit dehnt sich bis in den letzten Winkel der Welt auf allen Gebieten aus und vergrößert fortwährend die Gefahr des Ausbruchs eines neuen Krieges. Zahlreiche Tatsachen beweisen, daß die Kriegsgefahr hauptsächlich von jener Supermacht ausgeht, die am heftigsten mit dem Frieden hausieren geht. Ihre ungezähmten Ambitionen und ungezügelter Aggression und Expansion haben ihre grausamen Züge des Sozialimperialismus vollends enthüllt." (2)

Noch schärfer ging Chou mit den Sowjets ins Gericht, wo es sich um die Unterstützung der Entwicklungsländer handelte. "Die andere Supermacht, die den "Sozialismus" im Namen führt, die ihrem Wesen nach aber den Sozialimperialismus repräsentiert, ist, obwohl sie vorgibt, für eine neue internationale Wirtschaftsordnung einzutreten, überall auf trügerische Machenschaften aus, um den gerechten Kampf der Dritten Welt zu untergraben." Die Sowjets gingen mit einer Reihe alter Waren, wie internationaler Arbeitsteilung oder Integration hausieren, um "ein sozialimperialistisches System mit sich als einzigem Lehnscherrn zu schaffen." "Es ist wohlbekannt, daß diese Supermacht noch gieriger und

grausamer als der Imperialismus alten Stils bei ihrer Ausplünderung und Ausbeutung der Menschen der Dritten Welt vorgeht. Sie folgt den Fußstapfen der transnationalen Gesellschaften des Westens und errichtet im Ausland gemeinsame Unternehmen für den Kapitalexport, die Inbesitznahme von Märkten und das Einheimsen von Bodenschätzen. Unter dem Vorwand der "Entwicklung des Handels" ersucht sie die Entwicklungsländer, eine "Politik der offenen Tür" zu billigen und ihr gleichgünstige Bedingungen wie anderen imperialistischen Ländern einzuräumen. Gewaltsam holt sie sagenhafte Profite heraus, indem sie einen Handel mit ungleichen Werten praktiziert und zu hohen Preisen wieder verkauft. Sie bedient sich der "Hilfe" als Mittel zur Kontrolle anderer Länder und praktiziert Wucher. Sie zieht Vorteile aus den Schwierigkeiten anderer Länder um Übergriffe auf deren Souveränität zu verüben, Militärstützpunkte zu fordern und sich mutwillig in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Grausam drängt sie Empfängerländer zur Rückzahlung von Schulden und Zahlung von Zinsen. Und gerade diese Supermacht, die soviel Übles auf Kosten anderer getan hat, möchte sich von jeglicher Verantwortung reinwaschen." (4)

Mit diesen Attacken versuchte sich Pekings Vertreter zum Anwalt der Dritten Welt zu stilisieren. Dabei kam ihm zugute, was bei vielen Entwicklungsländern längst schon auf tiefe Enttäuschung gestoßen war. Die Sowjetunion noch vor Jahren als Hilfsspender von den Entwicklungsländern gepriesen, hat sich durch ihre mageren und rüden Hilfsbedingungen die anfänglichen Sympathien weitgehend verscherzt. Die Industriemacht Sowjetunion zahlte z. B. 1975 nur noch 700 Millionen Dollar Entwicklungshilfe, das sind ca. 0,16 % des sowjetischen Bruttosozialprodukts. (5) Andere westliche Industrieländer, wie Holland oder die skandinavischen Länder dagegen leisten oder übertreffen schon das international angestrebte 0,7 %-Ziel. Aber auch die Zins- und Kreditpolitik des Kreml ist vergleichsweise "kapitalistischer" als die der westlichen Industriestaaten, die nur zu gern wegen "kapitalistischer Praktiken" vom Ostblock angegriffen werden. Ferner gewährt die Sowjetunion überhaupt nur Finanzhilfen, wenn das Empfängerland dafür, meist überbeuerte, Waren im Ostblock kauft. Langfristige Handelsverträge, die die armen Länder wirtschaftlich benachteiligen und zudem noch an die Sowjetunion politisch binden, haben die Genossen aus Moskau mittlerweile in den Augen vieler Habenichtse diskreditiert. Jüngstes Kapitel: Ägypten, das seinen Freundschaftsvertrag mit dem Kreml kündigte, weil es nicht länger nach der Pfeife der Russen tanzen wollte.

China hat diese Erfahrung mit der Sowjetunion längst hinter sich. Der Abzug der sowjetischen Techniker Anfang der sechziger Jahre - damals blieben zahllose Entwicklungsrüden in China zurück - war einer der Grundsteine für das chinesische Konzept des "Vertrauens auf die eigene Kraft", mit dem Peking seitdem alle Entwicklungsländer permanent bombardiert. Die Volksrepublik stuft sich selbst als Entwicklungsland ein, was ihren Beitrag zur internationalen Entwicklungshilfe in einem umso höheren Licht erscheinen läßt. Absolut lag sie 1974 zwar nur bei 500 Mio Dollar, gemessen am Sozialprodukt der VR von etwa 240 Mrd. Dollar waren dies aber 0,24 %, also fast ein Promill mehr als der Beitrag der Sowjetunion. Dazu kommt, daß die Chinesen Auslandskredite zu günstigsten Konditionen gewähren und ihre Hilfe insgesamt auf Projekte beschränken, die dem Entwicklungsstand des jeweiligen Landes angemessen sind. Noch immer gewährt die Volksrepublik ihre Entwicklungshilfe nach den folgenden acht

Prinzipien, die auch wieder in Nairobi hervorgehoben wurden:

1. Die chinesische Regierung folgt bei der Gewährung von Hilfe an andere Länder konsequent dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens. Sie betrachtet diese Hilfe niemals als einseitiges Almosen, sondern als auf Gegenseitigkeit beruhend.
2. Bei der Gewährung von Hilfen an andere Länder respektiert die chinesische Regierung die Souveränität des Empfängerlandes in jeder Weise, knüpft keine Bedingungen an diese Hilfe und verlangt keine Privilegien.
3. Die chinesische Regierung gewährt wirtschaftliche Hilfe in der Form von zinslosen Anleihen oder zu niedrigem Zinsfuß; wenn nötig, kann die Rückzahlung der Anleihe verschoben werden, um dem Empfängerland möglichst geringe Lasten aufzubürden.
4. Der Zweck der Hilfe, die die chinesische Regierung anderen Ländern gewährt, ist nicht, das Empfängerland von China abhängig zu machen, sondern ihm zu helfen, allmählich auf die eigene Kraft gestützt die unabhängige Entwicklung seiner Wirtschaft zu realisieren.
5. Die Projekte, bei denen die chinesische Regierung anderen Ländern hilft, sind möglichst solche, die geringe Investitionen erfordern, aber schnelle Resultate zeitigen, so daß die Regierung des Empfängerlandes ihre Einnahmen erhöhen und das Kapital akkumulieren kann.
6. Die chinesische Regierung liefert Ausrüstungen und Materialien eigener Erzeugung in bester Qualität zu Weltmarktpreisen. Sollten die von der chinesischen Regierung gelieferten Ausrüstungen und Materialien qualitativ und ihren Spezifikationen nach nicht den Abmachungen entsprechen, gewährleistet die chinesische Regierung ihren Umtausch.
7. Wo immer die chinesische Regierung ihre Hilfe gewährt, wird sie dafür sorgen, daß das Personal des Empfängerlandes die benötigte Technik zu meistern lernt.
8. Spezialisten, die die chinesische Regierung zur Hilfe beim Aufbau in einem Empfängerland entsendet, werden denselben Lebensstandard haben wie Spezialisten des Empfängerlandes. Es ist den chinesischen Experten nicht erlaubt, irgendwelche besonderen Forderungen zu stellen oder irgendwelche besonderen Erleichterungen zu genießen. (6)

Daß solche Fakten und Worte in den Ohren der Ostblockvertreter nicht wie Musik klingen, ist verständlich. So konnte es auch nicht verwundern, daß der sowjetische Außenhandelsminister Patolischew in Nairobi gereizt auf die Angriffe der Chinesen reagierte und sie als Propagandakeil zur Spaltung der sozialistischen Gemeinschaft und der Entwicklungsländer verurteilte. Die sowjetische Nachrichtenagentur warf den Chinesen "direkte Unterstützung neokolonialistischer Ansprüche des Westens" vor und bezichtigte Peking, das Zusammenspiel mit den westeuropäischen Reaktionären auf Kosten der Völker in den Entwicklungsländern zu zementieren. (7)

Ein Versuch, die Teilnahme Pekings an der Welthandelskonferenz zu werten, muß sich mangels konkreter Beiträge zu handelspolitischen Fragen auf politische Aspekte beschränken. Zunächst kann festgestellt werden, daß die Konferenz von Nairobi in der chinesischen Presse nahezu täglich nachrichtlich verfolgt oder gar kommentiert wurde. (8) In umfangreichen Hsinhua-Berich-

ten wurden seitenlang Stellungnahmen einzelner Länder, meist Entwicklungsländer abgedruckt. Dabei standen propagandistische, sprich antiimperialistische und antikolonialistische Stellungnahmen im Vordergrund. Der in der westlichen Presse ausbreitete Streit um das Auftreten der Bundesrepublik und ihren Widerstand gegen einen Global-Fonds zur Rohstoffbevorratung (common fund) fand dagegen keine Beachtung.

Das zeigt, daß es Peking in Nairobi genauso wie schon im letzten Frühjahr auf der UNIDO in Lima wieder nur um drei Aspekte ging: (9)

1. Auftreten als Sprecher der Entwicklungsländer
2. Antisowjetische Polemik
3. Politisierung statt Projektdiskussion

zu 1. Angesichts der Sensibilität der sich in den letzten Jahren zunehmend solidarisierenden und ihrer eigenen Machtposition bewußter werdenden Entwicklungsländer muß es als geschickter psychologischer Schachzug Pekings angesehen werden, immer wieder selbst seine Rolle als Entwicklungsland hervorzuheben. Die Rüstungs- und Industriemacht Sowjetunion könnte diesen Anspruch kaum erheben. Immer wieder stellten die Vertreter Pekings in Nairobi fest: China ist ein Entwicklungsland, China ist ein sozialistisches Land. China gehört zur Dritten Welt. Die stereotype Wiederholung solcher Sätze läßt nur einen Schluß zu: China, vergleichsweise ein "Entwicklungsriese" unter den Entwicklungsländern, beansprucht für sich die Führungsrolle in der Dritten Welt. (10)

zu 2. Die im Gegensatz zu Santiago jetzt in Nairobi geschossene propagandistische Breitseite gegen die Sowjetunion muß als Bestandteil einer verschärften Polemik gegen Moskau interpretiert werden. Bei den jüngsten innenpolitischen Auseinandersetzungen in der VR ging es letztlich auch um die Frage einer Revision der Politik dem Kreml gegenüber. Dem gestürzten Teng Hsiao-p'ing wurde vorgeworfen, die Linie des Kapitalismus eingeschlagen zu haben. Die vor internationalem Publikum stattfindende Abgrenzung gegenüber Moskau dürfte erneut auch dem letzten Beobachter bewiesen haben, wie unversöhnlich die Standpunkte der beiden kommunistischen Rivalen sind.

zu 3. Der Beitrag Chinas zu konkreten Fragen der Welthandelspolitik erschöpft sich in verbaler Unterstützung der Positionen der Entwicklungsländer, wie sie z. B. jüngst wieder in Manila hervorgehoben wurden. Peking hat sich in Nairobi für ein integriertes Aktionsprogramm für Rohstoffe und für die Schuldenregelung im Sinne einer umfassenden Erleichterung der Rückzahlungsmodi bzw. teilweisen Streichung ausgesprochen. (11) In der Schuldenfrage stellt sich Peking erneut hinter das Aktionsprogramm der 6. Sondersitzung der UN, das ein Schuldenmoratorium, eine Zinssenkung und die Streichung von Schulden der ärmsten Entwicklungsländer vorsah. China trat ferner für eine internationale Schuldenkonferenz ein und wandte sich gegen die Vorschläge der Sowjetunion, die Schuldenfrage in bilateralen Gesprächen zu behandeln. Dieser Plan zielte darauf, die Entwicklungsländer aufzusplitteln und damit zu schwächen. Hsinhua warf dem Kreml vor, unter Mißachtung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer rücksichtslos auf die Rückzahlung der Schulden zu drängen. So habe die "grausame Ausbeutung und gnadenlose Eintreibung von Schulden" Ägypten in eine sehr schwierige Situation gebracht. Ebenso unachgiebig verhalte sich Moskau gegenüber Indien, dessen Schulden an die Sowjetunion einseitig von Moskau heraufgesetzt wur-

den, nachdem Moskau erklärt habe, die Rupie sei abgewertet. (12) Bezeichnenderweise hielt sich der sowjetische Vertreter in der Frage eines Schuldenmoratoriums äußerst zurück. Die Sowjetunion könne keine Regel akzeptieren, die ihre eigenen Verfahren nicht berücksichtige, womit er offensichtlich auf die Abdeckung der Schulden durch Warenlieferungen anspielte. (13) Tatsächlich hatte Moskau erst jüngst wieder bewiesen, daß es nicht einmal bereit ist, kommunistischen Bruderstaaten aus der Klemme zu helfen. Das offensichtlich vor einem Staatsbankrott stehende Nordkorea, heißt es, sei mit seiner Bitte an den Kreml um Stundung abgeblitzt. (14)

Auch da, wo es um konkrete Abkommen ging, wie z. B. bei der Errichtung eines internationalen Preisausgleichslagers (buffer stocks) für Zinn, blieb die VR unbeteiligt. (15) Das am 1.7.1976 in Kraft tretende 5. Internationale Zinnabkommen, das einer vernünftigen Festlegung der Zinnpreise dient, wurde von China nicht unterzeichnet. In dieser Weigerung wird deutlich, wie sehr Peking in der Frage der Rohstoffe unabhängig bleiben will und die souveräne Verfügungsgewalt als Bedingung für wirtschaftliche Unabhängigkeit ansieht. Schon auf der Rohstoffkonferenz der UNO im April 1974 wurde, wie jetzt auch in Nairobi, insbesondere der Sowjetunion vorgeworfen, durch die Ausbeutung fremder Ressourcen die Entwicklung des betroffenen Landes zu hemmen und darüberhinaus durch den Verkauf auch noch Profit zu machen. (16)

Während die meisten Entwicklungsländer die Konferenz als Forum für die Auseinandersetzung mit Welthandelsfragen ansahen, blieb es der Sowjetunion und China vorbehalten, auch außenpolitische Positionen zu diskutieren. Dazu gehörten die Abrüstungs- und Spannungsfrage und die Schlußakte von Helsinki. (17) Die eindeutige Absicht der Politisierung des Treffens trat aber auch zutage in der Angolafrage. Während noch 1972 in Santiago der chinesische Vertreter z. B. forderte, die DDR in den Kreis der Unctad-Mitglieder aufzunehmen, stellte der chinesische Vertreter auf der Schlußsitzung in Nairobi fest, daß China den Beitritt Angolas nicht unterstützen werde, weil dieser Staat durch den Einfluß der Sowjetunion nicht unabhängig und souverän entscheiden könne. (18) Auch an diesem Beispiel wird deutlich, wie zwiespältig die Politik Pekings bleibt. Einerseits tritt es als Sprecher der Entwicklungsländer auf, andererseits als Großmacht, die ihre außenpolitische Einflußnahme auf diese Staaten vorantreibt und sich, wie im Falle der ehemaligen portugiesischen Kolonie, nach einer Niederlage im Zweikampf mit der Sowjetunion von diesem Land distanziert. Solange Peking eine solche Schaukelpolitik fortsetzt, wird sich China als Anwalt der Entwicklungsländer auch weiterhin nur mit gelegentlichen Punktgewinnen, nicht aber mit einem eindeutigen Sieg über Moskau zufrieden geben müssen.

1) Hsinhua 21.4.72

2) Hsinhua 12.5.76

3) ebenda

4) ebenda

5) DIE ZEIT Nr. 23 28.5.76

6) Peking Rundschau 1972 Nr. 17 S. 15

7) BPA/Ostinformationen 17.5.76

8) Vgl. Hsinhua vom 4. 5. - 3. 6. 76

9) C.a. April 1975 Ü 21, S. 158

10) siehe hierzu O.Weggel: Zur Armut in der "Dritten Welt": Ursachen und Therapie, in C.a. Mai 1974, S. 228 - 35

11) ausführlich Hsinhua 25.5.76

12) ebenda

13) NZZ Nr. 110, 13.5.1976, S. 3

14) Le Monde, F.E.E.R. 11.6.1976

15) NfA Nr. 99, 20.5.76, S. 1

16) Weggel, a.a.O., S. 232

17) Hsinhua 31.5.1976

18) ebenda